■ EU · Bürgerschaftliches Engagement

# Der Mensch ist keine ‚Ware'

**In der EU steigt die Zahl der Opfer von Menschenhandel. Was sind die Ursachen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung der deutschen Vertretung der Europäischen Kommission und des Deutschen Frauenrates.**

Auf dem Abschlußpodium diskutierten zusammen mit den Teilnehmenden: Helga Geyer (BKA), Eva Högl (MdB), Myria Vassiliadou (EU), Elisabeth Kotthaus (EU), Brigitte Thiems (DF), Elisabeth Winkelmeier-Becker (MdB), Sergio D'Oasi (Europol), Naile Tanis (KOK)

„Menschenhandel ist ein Problem das alle europäischen Länder betrifft", so Sergio D'Orsi von der europäischen Polizeibehörde Europol. Bei den von Europol im letzten Jahr verfolgten Straftaten hätte es sich vor allem um sexuelle Prostitution und um Arbeitsausbeutung gehandelt, wobei die meisten Opfer aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn stammen.

## Statement

*„Hinter den Zahlen verbergen sich menschliche Schicksale. Deshalb ist es wichtig, dass die Richtlinie endlich in allen EU-Staaten implementiert wird, weil wir damit die Opfer stärken können." (Myria Vassiliadou, Koordinatorin des EU-Programms zur Bekämpfung des Menschenhandels)*

Auch Deutschland ist betroffen. Dem Bundeskriminalamt (BKA) sind im vergangenen Jahr 542 Fälle von sexueller Ausbeutung gemeldet worden. Hinzu kommen 50 Fälle, in denen Arbeitnehmer, vor allem auf dem Bau und der Gastronomie, ausgebeutet wurden. „Diese Zahlen werden in den kommenden Jahren stark ansteigen", vermutet Kriminaloberrätin Helga Gayer, BKA.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Europäische Union bereits im April 2011 eine Richtlinie ‚Zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer' verabschiedet. Diese Richtlinie sieht vor, dass Delikte im Zusammenhang mit Menschenhandel, bei denen Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung unter Anwendung von Gewalt, Täuschung oder Zwang eine Rolle spielen, schneller verfolgt, härter sanktioniert und die Opfer besser geschützt werden sollen, indem vor allem die Rechte der Betroffenen gestärkt werden.

Die Umsetzung der Richtlinie in die nationale Gesetzgebung ist trotz Fristablauf im April 2013 von vielen EU-Staaten noch nicht abgeschlossen - auch von Deutschland nicht. Die jetzige Bundesregierung strebe aber eine zügige Umsetzung, vielleicht sogar noch innerhalb dieses Jahres an, so Staatssekretär Christian Lange vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz. (em)

## Bündnis gegen Menschenhandel

Das XENOS-Projekt ‚Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung' will von Ausbeutung und Zwang betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Entwicklung verlässlicher Strukturen und sensibler Netzwerke zu unterstützen. Das bis Ende des Jahres laufende Projekt wird in den drei Bundesländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Einzelne Ergebnisse wurden auf der Veranstaltung vorgestellt. Demnach sind auch in Brandenburg Arbeitsausbeutung und Menschenhandel Realität. Nach einem Bericht von Hanna Mössner zum Teilprojekt Brandenburg sind die betroffenen Branchen die Hotel- und Gebäudereinigung, Gastronomie, die Baubranche, Gebäudesicherheit und die fleischverarbeitende Industrie.

Dabei sind zwei Gruppen von Migranten einem besonders hohen Risiko der Arbeitsausbeutung ausgesetzt:

- Erstens gehören dazu polnische Grenzpendler, die in der Zeit- bzw. Leiharbeit arbeiten und mit einem niedrigen Lohnniveau, verlängerten Probezeiten und flexibilisierten Arbeitszeitregelungen konfrontiert sind.
- Zweitens sind dies Migranten und Migrantinnen ohne verfestigten Aufenthaltsstatus. Sie verrichten vornehmlich unqualifizierte Tätigkeiten im Niedriglohnsektor. Aufgrund ihres unsicheren Aufenthaltsstatus stehen diese Migranten unter erhöhtem Druck, Arbeitsverhältnisse einzugehen und aufrecht zu erhalten. Dies führt zu äußerst prekären Arbeitsbedingungen.

► **INFOS**

*Im Internet unter http://tinyurl.com/klo3d9w*

ESF *Das Projekt wird aus Mitteln des Bundes und des ESF gefördert.*